



**Berlin, 25. September 2025
Nr. 29/2025**

IG Metall-Erklärung zur Ministerpräsidentenkonferenz Ost: De-Industrialisierung verhindern, Osten zukunftsfest aufstellen!

Die IG Metall hat Politik und Wirtschaft aufgefordert, mit allen Mitteln eine zweite De-Industrialisierung in Ostdeutschland zu verhindern. In einer gemeinsamen Erklärung zur Ministerpräsidentenkonferenz Ost warnen die in der Region vertretenen IG Metall-Bezirke vor erheblichen Gefahren für die Demokratie durch einen weiteren Abbau von Standorten und Arbeitsplätzen. „Die traumatische Erfahrung der 1990er Jahre darf sich nicht wiederholen“, betonte Jan Otto, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen.

In der gemeinsamen Erklärung weisen die IG Metall-Bezirke auf die hohe Bedeutung der Industrie für den Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt im Osten hin. Nach der radikalen De-Industrialisierung im Anschluss an die Wiedervereinigung sei es gelungen, vor allem in der Autoproduktion durch neue Werke wieder in größerem Umfang Beschäftigung aufzubauen. Aber auch andere industrielle Kernbranchen wie Stahl und Schienenfahrzeugbau seien von erheblicher Bedeutung für Beschäftigung und Wohlstand im Osten. Wörtlich heißt es in dem Papier: „In Ostdeutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Industrielandschaft aufgebaut. Diese darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.“

Zum Erhalt von Industriearbeitsplätzen fordern die IG Metall-Bezirke unter anderem:

- Ein Bekenntnis der Unternehmen zum Industriestandort Ostdeutschland
- Absage an Werksschließungen und Verlagerungen
- Sofortige Einführung eines Industriestrompreises von 5 Cent pro Kilowattstunde
- Konsequente Förderung der Elektro-Mobilität
- Rascher Ausbau der erneuerbaren Energien und Anbindung aller Industrieregionen im Osten an das Wasserstoff-Netz
- Aktive Industriepolitik zur Stärkung des Schienenfahrzeugbaus und weiterer Branchen
- Stärkung der Off-Shore-Industrie sowie der Maritimen Wirtschaft an der Ostseeküste.



Jan Otto, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen: „Fast jedes zweite in Deutschland produzierte Elektro-Auto kommt aus dem Osten. Etwa jedes fünfte in Europa gebaute E-Auto wird in Sachsen hergestellt. Derzeit aber stottert die Transformation in zentralen Industriebranchen erheblich. Nicht nur, aber auch in Ostdeutschland. Doch gerade die Region ist von der Krise der Industrie besonders betroffen. Deswegen brauchen wir jetzt eine gemeinsame Kraftanstrengung von Wirtschaft und Politik, um einen Abbau Ost zu verhindern.“

Hintergrund: Insgesamt sind vier der sieben IG Metall-Bezirke in Ostdeutschland vertreten. Dies sind die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, die IG Metall Küste (mit Mecklenburg-Vorpommern), die IG Metall Mitte (mit Thüringen) sowie die IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Alle vier Bezirke haben die Erklärung unterschrieben und an die Ministerpräsidentenkonferenz Ost geschickt.

Die Erklärung im Wortlaut finden Sie [hier](#).

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82